Vorabend-Blatt

64. Jahrgang. № 303. Dienstag, 10. August 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Versand monatl. 6 M., vierteljährl. 18 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkaufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 10395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Rußland lehnt Englands Vorschläge ab.

Direkte Verhandlungen mit Polen.

Paris, 8. Aug. **Nach einer Havasmeldung aus Hythe hat die Moskauer Sowjetregierung die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt. Man berichtet, daß die polnischen und die bolschewistischen Delegierten sich am Mittwoch in Minsk treffen werden. Es sei vorzuziehen, daß die Bolschewisten und die Polen sich unter sich allein verständigen. (W. T. B.)**

London, 9. Aug. (Reuter.) Ein drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt: Die polnische Regierung teilt mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Minsk zu entsenden, um einen Waffenstillstand und Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen, auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens am schnellsten und einfachsten durch unmittelbare Verhandlungen erreicht werden würde. Am Schlusse des Telegramms gibt die bolschewistische Regierung der Ueberzeugung Ausdruck, die Alliierten würden anerkennen, daß die von ihnen angestrebten Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Minsk vollständig erreicht werden würden.

Polnische Bereitschaft zu Verhandlungen.

Kopenhagen, 9. Aug. In dem drahtlosen polnischen Telegramm, dessen Aufnahme die Moskauer Funkenstation zunächst verweigert hatte, heißt es nach Mitteilung der polnischen Regierung. In ihrem Bestreben, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um dem Kriege ein Ende zu bereiten, ist die polnische Regierung bereit, den Vorschlag der Sowjet-Regierung anzunehmen und Delegierte nach Minsk zu entsenden, um gleichzeitig über den Präliminarfrieden und den Waffenstillstand zu verhandeln. Die polnische Regierung glaubt auf Grund der Ablehnung der Sowjet-Regierung, einen regelrechten Waffenstillstand abzuschließen, daß sie die Pflicht hat, zum mindesten zu verlangen, daß alle aggressiven militärischen Operationen von beiden Seiten von Beginn der Verhandlungen an abgebrochen werden. Die polnische Regierung ist bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung des unbestrittenen Rechtes der Nationen auf Selbständigkeit.

Russisch-rumänische Verhandlungen?

Paris, 7. Aug. Nach einer Havas-Meldung hat die Sowjet-Regierung einen Funkspruch an die rumänische Regierung gerichtet, wonach sie sich bereit erklärt, Verhandlungen aufzunehmen, um die noch schwebenden territorialen und politischen Fragen zu lösen. Die Sowjet-Regierung schlägt als Verhandlungsort Charkow vor.

Weitere Erfolge der Russen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 9. Aug. Der „Matin" meldet am Sonntag aus Warschau: Die Polen haben am Sonnabend auch Sokolnow an die Russen verloren. Der Brückenkopf von Sadowo ist nach hartem Kampfe von den Polen geräumt worden.

Genf, 9. Aug. Der „Temps" meldet: Die Russen haben den Uebergang über den Narew forciert. Rozan ist von russischen Vortrupps besetzt worden. Zwischen dem Narew und Bug ist eine neue russische Armee im Vorrücken.

Warschau, 9. Aug. (Havas.) Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weitausholenden Angriff der Roten Truppen, um den Vormarsch auf die Hauptstadt zu versuchen. (W. T. B.)

Englische Geschwader in der Ostsee.

Kopenhagen, 9. Aug. Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden mehrere Geschwader der englischen Flotte im Kattegatt mit dem Kurse nach Osten gesichtet. Das Ziel ist angeblich Reval.

Die englischen Gewerkschaften für Polen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 9. Aug. „Daily Mail" meldet, daß die Trade Union den Antrag der Londoner Abteilung des Radikalen Arbeiterbundes, die Arbeiter aufzufordern, sich im Kampfe Sowjet-Rußlands mit Polen gegen die Unterstützung Polens zu erklären und die deutschen Arbeiter in ihrem Widerstand gegen Truppentransporte nach Polen zu unterstützen, gegen vier Stimmen abgelehnt hat. Ueber den Antrag der kleinen radikalen Gruppe wurde nicht einmal in eine Beratung eingetreten.

Französische Besetzung des Korridors?

Genf, 9. Aug. Wie der Pariser Berichterstatter des „Lyoner Proges" versichert, denke man in Paris allem Anscheine nach an die Absendung einer Armee zur Besetzung der Stadt Danzig und des sogenannten Weichselboulevards (!), nicht nur um Polen Hilfe zu bringen, sondern vor allem um Deutschland von Rußland zu trennen.

Dr. Wirth über die Lage.

Frankfurt, 8. Aug. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth behandelte heute auf einer Konferenz der Zentrumspartei eine Reihe wichtiger Fragen der äußeren und inneren Politik. Im russisch-polnischen Kriege müsse Deutschland ruhiges Blut und unbedingte Neutralität bewahren. Es habe keinen Anlaß, sich für den französischen Kapitalismus in einen Krieg zu stürzen. Anderseits könne man aber auch nichts Gutes vom Osten erwarten. Jedenfalls könnten die in französischen Zeitungen genannten phantastischen Summen von Deutschland ganz unmöglich gezahlt werden. Die Lage im Innern gebe der äußeren an Schwierigkeit und Gefährlichkeit nichts nach. Bei einer Sabotage der Einkommensteuer, wie sie bereits mehrfach versucht wurde, sei der Zusammenbruch unvermeidlich. (W. T. B.)

Der parlamentarische Entwaffnungsbeirat.

Berlin, 8. Aug. In dem parlamentarischen Beirat, den der Reichstag der Entwaffnungs-Kommission zur Seite stellte, ist der Vorsitz dem Abgeordneten Brüninghaus von der Deutschen Volkspartei übertragen worden. Der stellvertretende Vorsitzende ist Zentrumsabgeordneter Hofmann und das Amt des Schriftführers ist dem unabhängigen Abgeordneten Rosenfeld übertragen worden.

Belagerungszustand im Saargebiet.

Frankfurt, 9. Aug. Die „Frankf. Ztg." meldet: Am Sonnabend wurde ohne jede Ursache der verschärfte Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verhängt. Die Regierungskommission ordnete gegen eine ganze Reihe politisch mißliebiger Personen Haussuchungen und Verhaftungen an, hauptsächlich gegen Angehörige der Presse. Der Vertreter des Saarlandes in der Regierungskommission, Herr v. Boch, legte zum Protest gegen die Behandlung der ganzen Streitangelegenheit sein Amt nieder.

Oesterreich vor dem Poststreik.

Wien, 9. Aug. Die Montagsblätter bringen Einzelheiten über den Streik der Telegraphen- und Telephonbeamten, der heute mittag ausbrechen soll, und dem sich morgen auch die Postbeamten anschließen wollen. Die bisherigen Verhandlungen mit den Vertretern des Staatsamtes waren ergebnislos, da die meisten Regierungsmitglieder nicht in Wien weilen.

Eine großdeutsche Volkspartei in Oesterreich.

Wien, 8. Aug. Heute fand hier die Konstituierung der Großdeutschen Volkspartei statt, zu der sämtliche Länder Deutschösterreichs Vertreter entsendet hatten.

Die Franzosenwillkür in Wiesbaden.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Wiesbaden, 9. Aug. Die im Demonstrationsstreik gegen die Franzosen befindlichen Straßenbahner der Wiesbadener Linie haben gestern dem französischen Kommandanten die Forderung auf Haftentlassung zweier mit Gefängnis bestrafter Schaffner gestellt. Der eine wurde wegen einer Aeußerung über die im Schloß gehißte Fahne zu acht Monaten und der andere zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er beim Abschellen einen Offizier mit dem Ellbogen gestreift hatte, worin dieser einen tätlichen Angriff erblickte. Die Bevölkerung, die durch Flugblätter über die Ursache des Streiks unterrichtet ist, nimmt Partei für die Straßenbahner, die mit der größten Langmut die herausfordernde Behandlung durch die französischen Soldaten und Zivilisten ertragen hatten. Wird der Forderung der Straßenbahner nicht stattgegeben, so schließen sich die Arbeiter des Städtischen Gas- und Elektrizitätswerks dem Streike an.

Die belgische Entschädigungsforderung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Brüssel, 9. Aug. Die Alliierten haben Belgiens Entschädigung auf mindestens 10 Milliarden garantiert, die Deutschland zahlen soll.

Brüssel, 9. Aug. Das Wirtschaftsministerium hat bekanntgegeben, daß die Quantitäten der von Deutschland zu liefernden Kohlen nicht alle von der belgischen Industrie gebraucht werden, so daß eine größere Menge für Hausbrand verfügbar sei. Diese Kohle soll nun an die Kohlenhändler in Belgien abgegeben werden.

Und Tausende deutscher Arbeiter werden durch die Kohlennot deutscher Industriebetriebe arbeitslos!

Die gewaltsamen Aushebungen in Deutschböhmen

In Deutschböhmen, namentlich in der Ascher Gegend, werden jetzt regelrechte Treibjagden auf die deutschen Gestellungspflichtigen seitens der tschechischen Soldateska verübt. In Asch wurden sie, soweit sie nicht geflüchtet waren, von den Patrouillen nachts ½3 Uhr aus den Betten geholt. Die meisten Gestellungspflichtigen konnten nach Bayern oder Sachsen entschlüpfen. Die Straßen zeigen das Bild militärischer Belagerung. In Asch sind das Post- und Telegraphenamt, die politischen Verwaltungsgebäude, das Gericht und der Bahnhof militärisch besetzt. Der Minister des Innern lehnte jede Verhandlung ab. Infolgedessen hat sich der Generalstreik noch verschärft.

Zur Arbeitslosen-Debatte im Reichstag.

Von Dr. J. W. Reichert, M. d. R.

Es ist zweifellos bedauerlich, daß diese wichtige Frage erst zum Schluß des jetzigen Tagungsabschnittes zur Besprechung kam, denn viele Abgeordnete hatte das Ferienfieber dermaßen stark ergriffen, daß die Redner vor fast leeren Bänken sprachen. Insgesamt genommen wurden gute Vorschläge gemacht, und es wird zweckmäßig sein, in dem Ausschuß für Volkswirtschaft und dem für soziale Fragen die Angelegenheit weiter zu erörtern. Im übrigen arbeitet der Reichswirtschaftsrat ständig daran, so daß die Regierung allen Anlaß hat, sich des Schicksals der Arbeitslosen anzunehmen.

Meine Anträge, die sich auf diese Frage beziehen, beschäftigen sich mit der Förderung der Ausfuhr mittels eines Abbaues der Ausfuhrabgaben, und auf der anderen Seite fordern sie die Beschränkung der Einfuhr aller Waren, die im Inlande hergestellt werden können. Auf diese Weise müssen wir meines Erachtens unbedingt für eine Erhaltung und Mehrung der Arbeitsmöglichkeit sorgen. Zu dieser Außenhandelsregelung muß eine zweckmäßige inländische Produktionspolitik kommen. Hierbei verspreche ich mir von der Selbsthilfe der Wirtschafter fast noch mehr, als von der so vielfach angerufenen Staatshilfe. Voraussetzung ist allerdings, daß sich andere Auffassungen hinsichtlich des Streikrechts und der Arbeitspflicht als bisher durchsetzen.

Die unabhängigen Redner haben die Gelegenheit zu einseitigen Agitationsreden im Sinne der Verwirklichung des Sozialismus weidlich benutzt. Dabei erhoben sie gegen die Unternehmer den Vorwurf der „Sabotage", „der kapitalistischen Unfähigkeit und Oberflächlichkeit". Die Beweise für diese der Unternehmerwelt entgegengeschleuderten Vorwürfe sind die Radikalen schuldig geblieben. Von Stillegungen oder Betriebseinschränkungen, die angeblich lediglich aus Profitsucht erfolgt sein sollen, kann gar keine Rede sein. Wenn gewisse Betriebe, z. B. im Ziegelgewerbe, abgebrochen worden sind, so ist das selbstverständlich zu bedauern, namentlich wenn das Ausland sich derartige Einrichtungen zunutze macht. Allein jedes Kind weiß, daß der Kohlenmangel so ungeheuer groß ist, daß eben nur ein Teil der industriellen Anlagen in Betrieb gehalten werden kann, daß viele Werke zu Ruinen verfallen müssen, wenn kein Kapital vorhanden ist, sie zu pflegen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß man, um überhaupt etwas zu retten, in einzelnen Fällen zu einer Verwertung von Betriebseinrichtungen übergegangen ist.

Jeder Satz der scharfen Kritik der unabhängigen Vertreter über das kapitalistische Deutschland erinnert immer wieder an das kommunistische Rußland. Dort sind die bei uns nur einzeln aufgetretenen unerfreulichen Erscheinungen in der Industrie so allgemein, daß man von einem Zusammenbruch fast aller Industriezweige sprechen kann. Das ist der beste Beweis dafür, daß man mit sozialistischen Rezepten im Wirtschaftsleben nicht vorankommt, und daß es eine gesunde kapitalistische Wirtschaftsführung immer noch besser macht und zu allen Zeiten besser machen wird, als der Sozialismus. Die Kritik der Unabhängigen ist negativ. Sie haben während der ganzen Revolution nicht einen großen Gedanken aufzuweisen, wie er z. B. in der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vor uns steht. Mag man auch nicht alles billigen, was in dieser Arbeitsgemeinschaft geschieht, so muß man doch anerkennen, daß die dort wirkenden Männer die großen Grundprobleme unserer Wirtschaft schon vor Jahr und Tag erkannt haben. So ist bereits vor 1½ Jahr in der Arbeitsgemeinschaft der großzügige Plan der Steigerung der Kohlenförderung durch die Gründung von zahlreichen Bergarbeiter-Heimstätten behandelt und infolgedessen gesetzgeberisch verwirklicht worden.

Für Dresden ist besonders interessant, daß der Unabhängige Dißmann, der Führer des freien Metallarbeiterverbandes, erklärt hat, die Metallindustriellen Dresdens trieben Lohnabbau, und beunruhigten auf diese Weise die Dresdner Arbeiterschaft. Auf eine telegraphische Anfrage beim Verband der Metallindustriellen in Dresden habe ich sofort folgende Mitteilung bekommen:

„Behauptung Dißmanns unwahr. Von Lohnabbau keine Rede. Nur gesetzliche Steuerabzüge. Bitte, nach drücklich Beweise von Dißmann verlangen. Uebrigens streiken einige Betriebe, weil Forderung auf Uebernahme des Steuerabzugs abgelehnt."

Ferner nimmt der Abgeordnete Dißmann die neuerliche Preissenkung auf dem Eisenmarkt als einen Erfolg des Wiedereintritts der unabhängigen Metallarbeiter in den Eisenwirtschaftsbund in Anspruch. Das scheint mir doch eine schlechte Bemäntelung des Verhaltens des Stuttgarter Verbandes zu sein. Tatsache ist, daß dieser Verband wegen seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Arbeitsgemeinschaft sich lange nicht an den Arbeiten des Eisenwirtschaftsbundes beteiligt hat. Nun mußte der Eintritt irgendwie begründet werden. Daher behaupten jetzt die Unabhängigen, sie hätten die Eisenwirtschaft gerettet. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Preissenkung schon lange vor dem Eintritt der Unabhängigen zu beobachten war. Die Preissenkung ist also keine Folge der langwierigen Beratungen, die neuerdings, seitdem der Stuttgarter Metallarbeiterverband sich wieder im Eisenwirtschaftsbund betätigt, häufig die Form der scharfen Verhandlungen im Reichstag annehmen. Die Preissenkung ist vielmehr die Folge der natürlichen Entwicklung des Eisenmarktes und der Eisenwirtschaft, die infolge der Besserung der deutschen Valuta nicht mehr so stark durch das Auslandserz belastet wird. Es ist außerdem eine Folge der Umkehr in der Eisenspekulation in Deutschland, die einen großen Umfang angenommen hatte. Nicht zuletzt ist es eine Folge der Zurückhaltung der Käufer mit neuen Aufträgen und Bestellungen.

SLUB
Wir führen Wissen.